

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands - MLPD

Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit

Schmalhorststr. 1c, 45899 Gelsenkirchen
Tel.: (0209) 951940 / Fax: (0209) 9519460

MLPD Zentralkomitee, Schmalhorststr. 1c, 45899 Gelsenkirchen

an Gerolf / Bremen
<gerolf@nord-com.net>



Mail: info@mlpd.de
Internet-Seiten: www.mlpd.de

Gelsenkirchen, 10. Oktober 2012

Lieber Gerolf,

wir möchten dir auf deinen Brief vom 19.04.2012 antworten, in dem du auf die Forderungen der MLPD im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Existenzsicherung eingehst. Bitte entschuldige, dass die Antwort so lange liegen blieb, was unseren Prinzipien widerspricht und üblicherweise nicht der Stil der MLPD ist.

Ich möchte zunächst auf die Forderungen der MLPD in Bezug auf die Hartz-Gesetze eingehen, zumal der Kern der Positionen der MLPD in dem letzten Brief an dich tatsächlich nicht richtig rüberkommt. Die MLPD hat bekanntlich dazu eindeutige Analysen und Forderungen und auch eine langjährige Arbeit in diesen Fragen.

Wir haben von Beginn an die Hartz-Gesetzgebung abgelehnt und die Massenproteste gegen Hartz IV mit der Montagsdemobewegung usw. unterstützt. Nach wie vor fordern wir, dass dieses Gesetz weg muss.

Unsere Forderung im Kampfprogramm der MLPD nach **Erhöhung des Arbeitslosengeldes und unbegrenzter Fortzahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit** bezieht sich auf **alle** Arbeitslosen. Da gibt es von unserer Seite aus keine Unterscheidung. Die Spaltung in ALG I und ALG II geht nicht von der MLPD, sondern von den Herrschenden aus, verbunden mit der entwürdigenden Behandlung der Hartz IV – Betroffenen. Auch diese lehnen wir ab und tragen in der Montagsdemo-Bewegung mit dazu bei, dass sich die Leute organisieren und gemeinsam dagegen vorgehen. Die Forderung der MLPD heißt bewusst **unbegrenzte** Zahlung, damit nicht nach einem Jahr Arbeitslosigkeit – so wie es jetzt der Fall ist – Arbeitslose in Hartz IV (bzw. damals Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe) fallen. Die Forderung nach **Erhöhung** des Arbeitslosengeldes ist eine Kritik an der viel zu niedrigen Höhe des Arbeitslosengeldes. Sie hat heute noch erhöhte Bedeutung, da eine wachsende Zahl von Arbeitslosen mit dem jetzigen Arbeitslosengeld unter das Existenzminimum fallen und „aufstocken“ müssen. Nicht nur die Arbeitslosen, sondern sogar mit Vollzeitarbeit haben viele mittlerweile einen Lohn bzw. Gehalt unter dem Existenzminimum.

Wir unterstützen in dem Zusammenhang auch die Forderung nach einem Mindestlohn von derzeit 10 Euro, womit man auf einen Nettolohn von 1169 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt kommt (lt. Berechnung der 10 Euro-Mindestlohn-Kampagne) und somit um 221 Euro über der sogenannte „Armutsgrenze“ liegt. Die Höhe für die Kennzeichnung „Armutgefährdung“ basiert auf der EU-Definition, wonach als „armutsgefährdet“ gilt, wer über weniger als 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt. Dieser Wert lag in Deutschland 2011 bei 848 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt.

Wenn wir die Erhöhung der Sozialunterstützung fordern, bedeutet das nicht, zurück auf die frühere „Sozialhilfe“ oder Akzeptanz der jetzigen Höhe des Sozialgeldes. Wir

wollen eine **existenzsichernde** Erhöhung bei jeglicher Form der Sozialunterstützung, wofür allerdings ein entschiedener Kampf entwickelt werden muss.

Du kritisierst, die MLPD wolle die (Sub-)Klassen-Spaltung der Arbeitslosen in der kapitalistischen Gegenwart gar nicht überwinden und machst das an unseren Forderungen im Kampfprogramm fest. Dort macht die MLPD keinen herabwürdigenden Unterschied zwischen „diesen“ und „jenen“ Arbeitslosen, Hartz-IV- oder Sozialgeld-Beziehern. Wir fördern bewusst in unserer Kleinarbeit, bei Kämpfen und Demonstrationen die Einheit unter den Arbeitslosen genauso wie die Einheit zwischen Arbeitslosen und Arbeitern. Die MLPD verbindet diese Forderungen auch mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für den Erhalt und die Schaffung neuer qualifizierter Arbeits – und Ausbildungsplätze, wie durch die 30 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Und wir sind bekanntlich der Auffassung, dass erst in einer sozialistischen Gesellschaft die Arbeitslosigkeit grundlegend beseitigt wird.

Die MLPD lehnt die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ab, weil wir durchaus der Ansicht sind, dass jeder Mensch versuchen sollte, zu arbeiten. Unser Grundanliegen ist, dass jeder Arbeitslose eine dauerhafte existenzsichernde Bezahlung bekommen sollte und wir treten jeglicher Hetze gegen Arbeitslose, die unverschuldet in diese Situation geraten sind, entgegen. Das ist die Masse der Arbeitslosen bzw. derjenigen, die keine Arbeit finden. Wir unterstützen jedoch nicht, wenn Arbeitslose gar nicht mehr arbeiten wollen.

Du hast natürlich recht, dass Schluss sein muss mit erniedrigender Behandlung bei der ARGE, Schikanen, Sanktionen bis zum Entzug des Existenzminimums. Wobei man hierbei auch sehen muss, dass man dagegen auch heute im Rahmen des Kapitalismus kämpfen muss, dass aber die arbeitenden Menschen ihre Würde erst im Sozialismus bekommen werden, wo der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht. Wenn dir dieser Aspekt in unserem Antwortbrief an dich zu kurz kommt, so können wir versichern, dass wir dies auch so sehen. Das können dir sicherlich auch die Montagsdemonstrationen bestätigen.

Noch einmal zu dem Parteiprogramm und deinem Anliegen, dieses müsse aktualisiert werden.

Unser Parteiprogramm ist gültig für die jetzige Etappe des Klassenkampfes. Das heißt es ist die Leitlinie bis wir uns in der Etappe der akut revolutionären Situation befinden und weniger gedacht, um taktische Festlegungen und konkrete Veränderungen aufzunehmen.

Dafür erstellt das ZK zu jedem Parteitag einen Rechenschaftsberichts-Entwurf, der von den Mitgliedern beraten wird. Dort wird auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung und unsere Tätigkeit eingegangen und werden die taktischen Leitlinien festgelegt. Es wird darin auch die Entwicklung in Deutschland und der Kampf gegen die Hartz – Gesetze behandelt. Alle Mitglieder beraten diesen Entwurf und die Kreis- bzw Ortsdelegiertentage können dazu Anträge stellen, über die auf dem Parteitag die Delegierten des Parteitags beschließen. So wird im Rechenschaftsberichts-Entwurf des Zentralkomitees auf die Montagsdemo-Bewegung eingegangen und wurden - bezogen auf taktische Fragen der Parteiarbeit – zu Konkretisierungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und Veränderungen von Begriffen auch Anträge gestellt. Die werden auf dem Parteitag beraten und beschlossen.

Wir freuen uns, von dir zu hören und grüßen herzlich

Sabine Leopold